

Evangelische Verantwortung

Heft 12/1971

Keine Freiheit ohne Sicherheit

Eberhard Stammler

Von der Gegnerschaft zur Partnerschaft

Die Freiheit, die unsere Verfassung garantiert, ist sowohl ein kostbares als auch empfindliches Gut. Sie ist uns so selbstverständlich geworden wie die Luft zum Atmen. Aber nachdem wir entdeckt haben, daß auch unser Potential an Luft gefährdet ist, mag es uns verständlich werden, daß es der Freiheit ähnlich ergehen kann. In Freiheit zu leben, ist solange bequem und risikolos, als sie nicht nur verfassungsmäßig garantiert, sondern auch vor Mißbrauch geschützt wird. Während es uns vor einem Vierteljahrhundert noch ein erstaunliches Erlebnis war, daß wir wieder frei denken, handeln und leben konnten, ist es uns heute selbstverständlich geworden, daß wir dieses Vorrecht in Anspruch nehmen – ohne dabei zu bedenken, daß diese Freiheit sowohl von uns selbst im inneren als auch durch Druck von außen in Frage gestellt werden könnte.

„Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“, ist das Motto der Nato. Sie drückt damit eine Einsicht aus, die zur Zeit ihrer Gründung jedem unmittelbar bewußt war, die aber heute in Vergessenheit zu geraten droht. Damals nach der Korea-Krise mußte es jedem einleuchten, daß auch das Territorium des freien Westens jederzeit überrollt werden könnte, wenn es nicht über einen so massiven Schutz verfügt, daß eine derartige Aggression als unmöglich erscheint. Solange dann das Verhältnis der beiden Machtblöcke des Ostens und des Westens durch das Prinzip eines „Kalten Krieges“ gekennzeichnet war, gab es kaum einen Zweifel daran, daß nur ein höchstes Maß von militärischer Sicherheit den Frieden erhalten könne.

Seitdem aber die Phase der Entspannung eingeleitet wurde, haben sich nicht nur die politischen, sondern auch die psychologischen Voraussetzungen für einen solchen Widerstand gewandelt. Bis dahin galt der kommunistische Machtblock allgemein als ein potentieller Gegner, der nicht nur wegen seines militärischen Potentials, sondern ebenso wegen seiner ideologischen Strategie als eine unmittelbar drohende Gefahr empfunden wurde. Als aber dann – vornehmlich von Amerika ausgehend – eine

Politik eingeleitet wurde, die das bisherige Prinzip totaler Gegnerschaft zu entschärfen suchte, bahnte sich ein spürbarer Klimawechsel an.

Moskau erschien nicht mehr nur in der Rolle des Gegners, sondern auch des Partners, und immer mehr ging man zu der Praxis über, sich mit diesem Gegenüber nicht nur auseinander-, sondern auch zusammenzusetzen. Daß dabei auf der Ebene der internationalen Politik in der Tat greifbare Fortschritte erzielt werden konnten, ist nicht zu leugnen, zumal sich auch die Sowjets mehr und mehr als gesprächsfähige Partner (zum Beispiel auch auf dem Gebiet der Wirtschaft) präsentierten. Im gleichen Maß, in dem unter

Aus dem Inhalt

Keine Freiheit ohne Sicherheit Eberhard Stammler	1
Abschied vom Liberalismus Günter Triesch	3
Zur Diskussion gestellt: Über die Hochschulen zur Macht? Waldemar Wünsche	5
Publik ist tot Paul Albert Engstfeld	8
Die Ziele der Union Dr. Ernst Müller-Hermann	9
Kurz notiert	10
Leserbriefe	11

diesen Voraussetzungen die Abscheu und auch die Angst vor dem kommunistischen System nachließ, meinte man, daß auch die militärische Bedrohung an Bedeutung verliere. Als eine der wesentlichen Folgen davon hat ja auch das atlantische Bündnis seine innere Bindekraft und Opferbereitschaft verloren.

Nun wäre es allerdings absurd, wenn man den Zustand und die Mentalität des „Kalten Krieges“ zurückwünschen wollte, um dadurch den westlichen Sicherheitsbestrebungen wieder mehr Auftrieb zu geben. Es ist nicht zu leugnen, daß es notwendig und sinnvoll war, auch mit dem sowjetischen Machtblock und der kommunistischen Ideologie das Gespräch aufzunehmen und von der radikalen Verteufelung Abschied zu nehmen. Wir können, vor allem in Europa, nicht zu einem erträglichen Zusammenleben kommen, wenn wir nicht auch mit den Staaten und Völkern des Warschauer Pakts einen Weg des Koexistierens finden. Ebenso wenig konnten wir es uns auf die Dauer leisten, die kommunistische Ideologie nur zu ignorieren oder zu verketzern, ohne mit ihr über ihre Begründung, ihre Absichten und ihre Zielsetzung ins Gespräch zu kommen.

Spannung ohne Sicherheit?

Aber nun ist dadurch eine psychologische Entwicklung in Gang gekommen, die vornehmlich bei unseren westlichen Verbündeten, aber zunehmend auch in unserem eigenen Land, an Einfluß gewinnt: Je mehr es dazu kam, daß man mit dem kommunistischen Gegenüber das Gespräch aufnahm, Verhandlungen führte und auch erhebliche Ergebnisse registrieren konnte, desto harmloser erschien schließlich auch die bisher angenommene Bedrohung auf militärischem Gebiet. Darauf deuten nicht nur die schon längst angelaufenen amerikani-

schen Truppenreduzierungen auf europäischem Boden (und ähnliche Tendenzen bei unseren anderen Verbündeten) hin, sondern auch in unserem eigenen Land erscheint es vielen als zunehmend unnötig, entsprechendes Verteidigungspotential aufrechtzuerhalten. Allein schon die Meldung über die vom Verteidigungsminister geplante Mobilmachungsübung hat eine in dieser Hinsicht interessante Wirkung ausgelöst: Offensichtlich waren viele der Meinung, daß man solcher Vorbereitungen gar nicht mehr bedürfe, nachdem man jetzt ja eine so intensive Entspannungspolitik betreibt, und sie haben deshalb ihre Empörung über dieses Vorhaben geäußert.

Gerade diese Resonanz weist darauf hin, in welcher spannungsreicher Dialektik Freiheit und Sicherheit zu sehen sind. Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß zwar die russische Seite gegenwärtig ein erhebliches Maß von Verhandlungsbereitschaft zeigt und dabei auch nicht unbedeutende Konzessionen zu machen scheint, daß aber zu gleicher Zeit dort die Rüstungsanstrengungen in auffallender Weise verstärkt werden. Alle Konzilianz, die die Russen bei ihren internationalen Verhandlungen an den Tag legen, hindert sie nicht daran, die Zahl ihrer Divisionen im Westen ihres Machtgebietes zu erhöhen, den Ausbau ihrer Kriegsflotte energisch zu forcieren und auch ihre interkontinentalen Angriffssysteme weiter auszubauen. Es rechnet zwar wohl niemand im Ernst damit, daß diese erhöhten Rüstungsanstrengungen eine militärische Invasion im europäischen Raum zum Ziel haben und dadurch unsere Grenzen unmittelbar gefährdet wären. Aber auf der anderen Seite schaffen sich die Russen damit doch ein gesteigertes Machtpotential, mit dem sie im politischen und wirtschaftlichen Bereich Druck ausüben können.

Wenn schon bisher der Friede nur durch eine sorgfältige Strategie der Abschreckung gesichert werden konnte, dann gilt dies ebenso und erst recht unter den gegenwärtigen Vorzeichen. Gerade wenn eine militärische Auseinandersetzung vermieden werden soll, bedarf es immer noch, auch auf der Seite des Westens, energischer militärischer Anstrengungen, um dieses Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Wird dies unterlassen oder ver-

säumt, dann könnte ein Machtvakuum entstehen, das den Sowjets die Möglichkeit einräumt, ihren Einfluß anders als bisher auch über ihre Westgrenze hinaus in Europa geltend zu machen.

Die Freiheit, die wir genießen, wird uns nicht als selbstverständliche Gabe des Schicksals in den Schoß geworfen, sondern wir haben sie immer vor dem Gespenst der Unfreiheit zu schützen. Sie ist verletzlicher als die Unfreiheit, weil sie ihrem Wesen nach zur Offenheit und zur Toleranz – und auch zur Gutgläubigkeit führt. Gerade damit aber ist uns eine dialektische Spannung auferlegt, die sich nicht aufheben läßt: Wir werden auf der einen Seite im Geist der Freiheit und auch im Vertrauen auf sie miteinander leben und ebenso mit anderen zu sprechen und zu verhandeln haben. Auf der anderen Seite aber dürfen und können wir uns nicht von dem Mißtrauen befreien, daß sich unter den Parolen von Freundschaft und Frieden eben doch massive Machtpressionen entwickeln können. Es ist die hohe Kunst der Politik, auf beiden Ebenen zugleich zu agieren: Verständigung und Partnerschaft zu suchen und zugleich die eigenen Machtpositionen auszubauen und aufrechtzuerhalten. Nur eine Freiheit, die sich sichert, wird Bestand haben. Die westliche Welt, und vor allem auch unser eigenes Land, wird sich dessen bewußt bleiben müssen, wie leicht die Freiheit verspielt wird, wenn sie nicht bereit ist, den Preis der Wachsamkeit zu zahlen.

Freiheit – Bedingung der Demokratie

Was hier ausführlich am Beispiel der Außenpolitik dargestellt ist, gilt im Prinzip ebenso für unsere innere Verfassung. Es gehört zum Wesen der Demokratie, daß jeder seine eigene Freiheit durch die Freiheit des anderen begrenzen läßt. Damit ist zunächst eine Gesinnung gemeint, aber sie allein genügt nicht, um diesem Prinzip die ihm angemessene Geltung zu verschaffen. Wenn der Staat in der Verfassung die Freiheitsrechte garantiert, muß er sich auch verpflichtet sehen, sie durch die Gesetzgebung und durch

Abschied vom Liberalismus

Günter Triesch

die Exekutive so zu sichern, daß sie nicht durch Mißbrauch aufgehoben werden. Gerade die jüngste Entwicklung macht uns eindringlich darauf aufmerksam, wie ein Gemeinwesen von innen her aufgelöst werden könnte, wenn es sich nicht vor ein solches Ausufernd schützen. Das amerikanische Beispiel liefert uns in dieser Hinsicht eine höchst unerfreuliche Vision, und die Drogenwelle und die Diskussion um die Abtreibung sind auch in unserem Lande Symptome für diese Gefahr geworden: Wo der einzelne seine Freiheit so versteht, daß ihm nicht nur sein „Bauch“ allein gehört, sondern auch der Gebrauch von Rauschgift sein unveräußerliches, individuelles Recht ist, kann letzten Endes die Gemeinschaft bedrohlichen Schaden leiden — abgesehen davon, daß sie auch noch die Kosten dafür zahlen muß. Darum muß der Bürger auch im Interesse seiner eigenen Freiheit Wert darauf legen, daß allgemein anerkannte Grenzen festgesetzt und gesichert werden, weil andernfalls die Freiheit zur Tyrannis umschlagen könnte.

Allerdings bleibt es auch in diesem Fall eine unaufgebbare Aufgabe, das Spannungsverhältnis durchzuhalten: Der Ruf nach Sicherung und Ordnung darf nicht die Freiheit zum Ersticken bringen — wie auf der anderen Seite die Freiheit auf die Ordnung nicht verzichten kann. Wenn Demokratie als eine freiheitliche Lebensordnung bezeichnet wird, dann ist damit ausgedrückt, daß alle ihre Ordnung und ihre gesamten Sicherungsmaßnahmen letztlich der Freiheit zu dienen haben — der Freiheit des Einzelnen und der Freiheit des Gemeinwesens. Sie ist deshalb Schritt für Schritt daran zu prüfen, ob sie zum Selbstzweck wird oder aber ihre Schutzfunktion in den Dienst der Freiheit stellt.

Die liberale Bewegung in Deutschland hat starke Impulse vom Protestantismus erhalten. Der soziale Liberalismus wäre ohne Friedrich Naumann nicht denkbar. Innerhalb der liberalen Bewegung freilich haben stets Wirtschaftsliberalismus, Sozialliberalismus, Nationalliberalismus und weltoffener Liberalismus um Einfluß gerungen. Während sich der politische Liberalismus früher in mehreren Parteien organisierte, hat er nach 1945 die Einheit gesucht in der FDP. Aber die Traditionen führten immer wieder zu Richtungskämpfen und zwischenhinein auch zu Spaltungen. Die FDP hat auf ihrem Freiburger Parteitag ihre Standortbestimmung als sozialliberale, progressive Partei deutlich zu machen versucht. Aber gerade das in Freiburg verabschiedete gesellschaftspolitische Programm legt die Frage nahe, ob in der politischen Landschaft der Bundesrepublik noch genügend Raum für eine eigenständige liberale Partei ist, nachdem von den beiden großen politischen Kräften vieles vom Ideengut des Liberalismus übernommen wurde. Nach Freiburg fällt es insbesondere schwer, die Notwendigkeit der FDP neben der SPD anzuerkennen. Dies weniger wegen der verkündeten Koalitionstreue über die Bundestagswahl 1973 hinaus als wegen der programmatischen Übereinstimmung.

Anteilseigner in der Minderheit

Die Mitbestimmung und die Eigentumspolitik waren auch auf dem Parteitag der FDP die Fragen, an denen sich die Diskussion entzündete.

Das Modell, für das sich der Parteitag entschied, soll, so wurde ge-

sagt, die Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit präsentieren und einen Zwang zur Einigung beinhalten. Es bedeutet in der Tat, daß die Anteilseignerseite allein nicht mehr Entscheidungen treffen kann: sie ist auf die Zustimmung der Arbeitnehmerseite angewiesen.

Positiv zu werten bleibt, daß die FDP eine Beteiligung des öffentlichen Interesses an den Unternehmensorganen ablehnte und daß sie forderte, ein einheitliches Mitbestimmungsrecht in den Unternehmensorganen zu schaffen, durch das auch das Sonderrecht in der Montanindustrie hinfällig werden soll.

Das Mitbestimmungsmodell, für das sich der FDP-Parteitag mit der Mehrheit von nur einer Stimme entschieden hat, stößt ebenso wie das mit dieser knappen Mehrheit abgelehnte Modell der Programmkommission, das die Anteilseigner völlig in die Minderheit drängen wollte, auf entschiedene ordnungspolitische Bedenken. In der Begründung des angenommenen Modells heißt es, daß es zu den wichtigsten Kriterien einer marktwirtschaftlichen Ordnung gehört, einen möglichst effektiven Kapitaleinsatz zu sichern. Deshalb, so heißt es, sei es funktionsgerecht, ein Überstimmen der Vertreter des Faktors Kapital in den Aufsichtsgremien der Unternehmen zu vermeiden. Dieses Überstimmen läßt das Riemer-Modell nicht zu. Allerdings bleibt unklar, wie im Falle einer Stimmgleichheit eine Entscheidung herbeigeführt werden soll: kann sie notfalls gegen die Anteilseignerseite gefällt werden unter Anrufung einer außerbetrieblichen Instanz? — Der entschiedene Mangel dieses Modells besteht jedoch darin, daß es die Entscheidungsfreiheit der Anteilseigner aufhebt.

Die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaftsordnung beruht auf der Kombination von Eigentum an Produktionsmitteln und Wettbewerb. Daß dieses Privateigentum sozialen Bindungen unterliegen muß, ist unumstritten. Arbeitsrecht, Sozialrecht und Steuerrecht tragen hierfür Sorge. Es sollte aber ebenso unum-

stritten sein, daß Privateigentum, wenn es Risiko trägt, entscheidungsfähig bleiben muß. Aber diese ordnungspolitischen Überlegungen sind ebenso wenig wie die Überlegungen zur funktionalen Rolle des Eigentums in unserer Wirtschaftsordnung der Entscheidung des FDP-Parteitag zugrundegelegt worden; es waren vielmehr, wie offen ausgesprochen wurde, koalitionspolitische Überlegungen, die die Entscheidung bestimmten. Die FDP entschied sich für ein Modell, in dem die Anteilseigner nur noch die Hälfte der Stimmen im Aufsichtsrat erhalten, weil der größere Koalitionspartner, die SPD, auf die paritätische Mitbestimmung, wie sie der DGB fordert, festgelegt ist.

Mitbestimmung für Management?

Die FDP hat ihr Mitbestimmungsmodell als neuartig angepriesen, weil in ihm neben den Faktoren Kapital und Arbeit der Faktor Disposition, das Management, berücksichtigt werde. Den 6 Anteilseignervertretern sollen vier Arbeitnehmer und zwei Vertreter der leitenden Angestellten gegenüber sitzen. Ähnliche Vorstellungen waren bereits früher von den Sozialausschüssen der CDU/CSU zur Diskussion gestellt, jedoch von dem Düsseldorfer Parteitag der CDU abgelehnt worden. Die Probleme, die sich aus einer Beteiligung des Faktors Disposition im Aufsichtsrat ergeben können, wurden in der Diskussion in Freiburg deutlich, als gefordert wurde, die leitenden Angestellten müßten von allen Arbeitnehmern gewählt werden. Bemerkenswert ist, daß die FDP sich in ihren in Freiburg verabschiedeten Thesen zur betrieblichen Mitbestimmung für eigene Vertretungen der leitenden Angestellten neben dem Betriebsrat einsetzt, obwohl sie bei den Beratungen zum neuen Betriebsverfassungsgesetz diese Forderung, die

auch von der CDU/CSU vertreten wird und die den Wünschen der leitenden Angestellten entspricht, gegenüber der SPD nicht durchgesetzt hat. Aber auch das in Freiburg verabschiedete Modell für die Mitbestimmung in den Unternehmensorganen muß doch wohl vor dem Hintergrund des von SPD und FDP geschlossen vertretenen neuen Betriebsverfassungsgesetz gesehen werden. Es verschiebt die Gewichte derartig zugunsten der Arbeitnehmerseite, daß auch Befürworter eines stärkeren Arbeitnehmereinflusses in den Aufsichtsräten davor warnen, die Gewichte weiter in Richtung auf eine paritätische Lösung zu verschieben.

Die Einbeziehung der leitenden Angestellten in den Aufsichtsrat wirft allerdings auch Grundsatzfragen auf. Sie trägt zur Verwischung der notwendigen und bewährten Abgrenzung zwischen Leitungs- und Kontrollfunktion im deutschen Gesellschaftsrecht bei. Der Sachverstand des Managements muß nicht im Aufsichtsrat unmittelbar wirken können, vielmehr haben die leitenden Angestellten in der täglichen Arbeit im Unternehmen die Möglichkeit, ihren Sachverstand mit Rat und Tat zum Wohl des Unternehmens, seiner Arbeitnehmer und seiner Eigentümer einzusetzen. Sie sind überfordert, sollten sie im Aufsichtsrat gegen Empfehlungen sprechen, die vom Management dem Aufsichtsrat zur Entscheidung vorgelegt werden. Oder soll etwa der Aufsichtsrat zur Korrektur von Unternehmensentscheidungen dienen, die im normalen Willensbildungsprozeß im Unternehmen nicht durchgesetzt werden konnten.

Einschränkung des Eigentums

Die FDP hat nicht nur in der Frage der Mitbestimmung, sondern auch in der Frage der Eigentumspolitik mit der Verabschiedung ihrer Freiburger Thesen zur Gesellschaftspolitik alten Boden verlassen. Zwar wurde der revolutionäre Vorschlag der Jungdemokraten zur Kommunalisierung des Bodens in Ballungsräumen mit überzeugender Mehrheit abgelehnt, aber die vom Parteitag beschlossenen Thesen zur Eigentumsordnung wurden mit überzeugender Mehrheit verabschiedet.

Bekanntnisse zur ordnungspolitischen Bedeutung des Eigentums wurden abgelehnt. Der Liberalismus, der einmal geistige Geburtshilfe geleistet hat bei der Entstehung des Kapitalismus, trat in Freiburg als die Kraft auf, die eine Reform des Kapitalismus fordert. Die liberale Reform des Kapitalismus erstrebt, wie in Freiburg verkündet wurde, die Aufhebung der Ungleichgewichtigkeit und der Ballung wirtschaftlicher Macht, die „aus der Akkumulation von Geld und Wissenschaft und der Konzentration des Eigentums an den Produktionsmitteln in wenigen Händen folgen“. Den Nachweis für die Richtigkeit dieser Bestandsaufnahme blieb die FDP in Freiburg schuldig. Es wurde nicht nach den tatsächlichen Verhältnissen gefragt, sondern es wurden Klischees übernommen. Überdies wurde der Blick sehr einseitig auf das Eigentum an Produktionsmitteln konzentriert. Es wurde mehr von der Einschränkung des Eigentums als von seinen Rechten gesprochen. Selbst das Klischee vom Eigentum an den Produktionsmitteln, das Macht und Herrschaft über

20 Jahre Evangelischer Arbeitskreis

Vom 10. bis zum 12. März '72 führt der Evangelische Arbeitskreis seine 17. Bundestagung – die verbunden ist mit dem 20jährigen Bestehen des Arbeitskreises – in Pforzheim durch. Das Leitthema dieser Veranstaltung lautet: Fortschritt – Wagnis aus Verantwortung. Auf Bundesebene wurde der Evangelische Arbeitskreis am 14. März 1952 durch Hermann Ehlers in Siegen ins Leben gerufen.

Menschen verliehe, fehlte nicht. Manchmal hatte man den Eindruck, daß die FDP von heute gegen den Kapitalismus von gestern kämpfte, der mit der sozialen Marktwirtschaft nicht identifiziert werden kann. Die Liberalen, einst mehr individuellen Lösungen zugeneigt, entschieden sich in Freiburg für ein Modell der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung, das betriebliche Ertragsbeteiligung und freiwillige Betriebs- und Tarifvereinbarungen nicht anrechenbar macht.

Zudem war die Diskussion in Freiburg von dem Widerspruch der vermögenspolitischen Diskussion gekennzeichnet, da einerseits Vermögensbildung gefordert wird, andererseits aber vorhandenes Vermögen Einschränkungen und Umverteilungsbestrebungen ausgesetzt wird. Erinnert sei auch an die Nachlaßabgabe, die auch die Betriebsvermögen nicht aussparen soll und die damit vor allem in der mittelständischen Wirtschaft zu einer Existenzbedrohung führen kann.

Liberaler Tradition beendet

Die FDP hat in Freiburg Abschied von ihrer liberalen Tradition genommen.

Der Parteitag von Freiburg verdient nicht nur wegen seiner Entscheidungen Beachtung, sondern ebenso weil er deutlich machte, wie eine Partei innerhalb weniger Jahre ihr Programm- und Erscheinungsbild völlig ändern kann. Die in der FDP entbrannte ordnungspolitische Diskussion, die unter dem Einfluß neuer Kräfte zu zahlreichen Korrekturen des traditionellen Kurses der Partei geführt hat, wird in ähnlicher Form auch in anderen politischen Parteien geführt. Unsere Parteien sind allesamt nicht mehr nur Wahlvereine, sondern Organisationen, in denen sich ein Meinungs- und Willensbildungsprozeß vollzieht, der für die künftige Entwicklung von Staat und Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist. Wer nicht will, daß Minderheiten unter Umständen mit knapper Mehrheit langfristig politische Zielsetzungen der politischen Parteien bestimmen, wird sich an den ordnungspolitischen Diskussionen in den Parteien beteiligen müssen.

Zur Diskussion gestellt:

Über die Hochschulen zur Macht?

Antikommunismus als Konsequenz der „Friedlichen Koexistenz“

Waldemar Wünsche

„Es lebe die feste und unerschütterliche Verbundenheit mit der Sowjetunion! ... jeder antisowjetische Angriff ist ein Angriff auf den antiimperialistischen Kampf... es kann keine inneren Beziehungen geben zwischen der imperialistischen BRD und der sozialistischen DDR! ... es lebe die unverbrüchliche Einheit von Spartakus und FDJ!“
(Christoph Strawe, 1. Sekretär des Spartakus, am 20. 5. 1971 in Bonn)

Über die politische Entwicklung an unseren Hochschulen, die durch die Aktivität der Radikalen Linken bestimmt wird, ist an dieser Stelle (E. V. Nr. 9/71) bereits berichtet worden. Der starke Einfluß der anti-autoritären Protestbewegung, die durch lautstarke Demonstrationen mit oder ohne Gewaltanwendung gekennzeichnet war, ist durch den Trend zum dogmatischen Kommunismus verdrängt worden, wie er vor allem durch den Marxistischen Studentenbund (MSB) Spartakus repräsentiert wird. Er hat an vielen Hochschulen entscheidende Positionen erobert, darunter die Vorsitzenden mehrerer AStAs; er beherrscht praktisch den SHB wie auch den VDS. In zahlreichen Studentenparlamenten besitzt er zusammen mit dem von ihm gesteuerten SHB die Mehrheit. Trotz formeller Unabhängigkeit ist der MSB

Spartakus ein Teil der DKP, der eng mit Ost-Berlin und Moskau zusammenarbeitet.

Sollen kommunistische Lehrer unsere Zukunft bestimmen?

Der Einbruch des Kommunismus in unsere Hochschulen zwingt zu einem Überdenken unserer gesamten politischen Situation. Es wurde an dieser Stelle betont, daß an den Hochschulen Lehrer, Juristen und Volkswirte ausgebildet werden, die morgen führende Positionen in Behörden, Schulen und Unternehmen innehaben – Multiplikatoren, die der DKP mehr Erfolg versprechen als alle ihre Betriebsgruppen. Schon in den letzten Jahren wurde eine Machtposition nach der anderen in bestimmten Gewerkschaftsgruppen, in Theologen- und Juristenkreisen, in Schulen und Jugendgruppen, in der Leitung von Lehrlingsheimen und Schülerzeitungen von der Radikalen Linken besetzt. Gleichzeitig ist eine weitgehende Zersetzung des Vertrauens in unsere freiheitliche, rechtsstaatlich demokratische Gesell-

schaftsordnung erfolgt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Spartakus – DKP die Erfolge dieser Zersetzungsarbeit ernten. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Tatsache, daß ein sehr hoher Prozentsatz von Studenten, die der Radikalen Linken angehören, pädagogische Berufe anstreben, Berufe also, in denen sie unsere Jugend aller gesellschaftlichen Schichten in ihrem Sinne beeinflussen werden. Unsere politische Zukunft wird von der geistig-politischen Haltung dieser Lehrer bestimmt werden! Um nur zwei Beispiele zu nennen: Wenn es nicht gelingt, der jetzigen Entwicklung Einhalt zu gebieten, so wird es in wenigen Jahren keine Ausnahme mehr sein, wenn ganze Abiturientenjahrgänge einer Schule den Kriegsdienst verweigern. Und unsere Wirtschaft dürfte dann sehr bald zu spüren bekommen, unter welchen geistig-politischen Aspekten die von Schule und Hochschule entlassenen Lehrlinge und Ingenieure ihre Mitarbeit in den Betrieben sehen.

Kommunistische Kampfansage ...

Der MSB Spartakus sieht – wie vor ihm schon andere Gruppen der Radikalen Linken – die Hochschulpolitik als Teil der Gesellschaftspolitik an. In der auf seinem ersten Bundeskongreß am 22. Mai in Bonn verabschiedeten Grundsatzzerklärung heißt es eindeutig:

„Nur als Teil des gesamtgesellschaftlichen Kampfes gegen die Monopolherrschaft, als untrennbarer Bestandteil einer antimonopolistischen und sozialistischen Alternative zum gesamten staatsmonopolistischen Herrschaftssystem kann dieser Kampf (der Studenten um Erneuerung des Hochschulwesens) erfolgreich geführt werden... Der Platz der kämpfenden fortschrittlichen Studenten ist ... an der Seite der Arbeiterklasse.“

Unsere gesellschaftspolitische Situation wird in der Grundsatzzerklärung folgendermaßen charakterisiert:

„Die Monopolherrschaft ist das eigentliche Zentrum des Profit- und Machtmechanismus des Spätkapitalismus. Ihr wohnt die Tendenz zum Abbau aller demokratischen Rechte und Freiheiten inne. Sie bedroht täglich die Lebensinteressen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch die der anderen werktätigen Klassen und Schichten.“

Mit besonderer Sorgfalt sollten wir zur Kenntnis nehmen, was in der Grundsatzzerklärung gesagt wird zu der von Moskau als Mittel zur Förderung des Weltfriedens gepriesenen „friedlichen Koexistenz“:

„Eine Politik der friedlichen Koexistenz... hat nichts gemein mit Klassenfrieden und stellt das Recht der unterdrückten Völker und Klassen, alle Mittel für ihre Befreiung, bis zum bewaffneten Kampf, anzuwenden, nicht im geringsten in Frage. Sie schafft im Gegenteil die günstigsten Voraussetzungen für die Erstarkung der sozialistischen Länder und für die Entfaltung des Klassenkampfes in den imperialistischen Ländern...“

... gegenüber politischer Ahnungslosigkeit

Nach den hier wiedergegebenen Zitaten ist es klar, daß der MSB Spartakus mit seinem Kampf um hochschulpolitische Reformen – mögen auch seine Forderungen zum Teil plausibel erscheinen – in Wirklichkeit ganz andere, radikalpolitische, Ziele verfolgt. Die Tatsache, daß eine so große Zahl von Studenten an den hier wiedergegebenen Formulierungen offenbar keinen Anstoß nimmt, beweist ihre völlige politische Ahnungslosigkeit. Diese wird schlaglichtartig in einem vierseitigen Flugblatt dokumentiert, in dem der MSB Spartakus vor kurzem den Bonner Studenten erläuterte, aus welchem Grunde er zur Sprengung des Satzungskongresses der Universität aufgerufen habe. Auf drei Seiten (DIN A4-Format!) werden die Studenten auf-

gerufen, ihre „demokratischen Rechte in Vorlesungen und Seminaren“ zu verteidigen. Die ganze vierte Seite ist gefüllt mit einem Leninkopf – unter der Überschrift: „54 Jahre Oktoberrevolution“. Der MSB Spartakus kann leider voraussetzen, daß die Symbolisierung des Kampfes für demokratische Rechte durch ein Leninbild bei einer großen Zahl von Studenten keineswegs mit Hohngelächter beantwortet wird, wie dies für jeden politisch Informierten selbstverständlich wäre.

Offensive eine Frage des Überlebens

Angesichts der Tatsache, daß eine Organisation mit dieser politischen Haltung an den deutschen Hochschulen in zunehmendem Maße an Macht und Einfluß gewinnt – mit allen Folgen, die oben angedeutet wurden –, ist es eine Existenzfrage für unsere freiheitsstaatsrechtlich-parlamentarische Demokratie, daß eine systematische Abwehraktion eingeleitet wird, die allerdings, wenn sie erfolgreich sein soll, nur offensiven Charakter haben kann. Tatsächlich erfolgt heute eine systematische, inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Kommunismus überhaupt nicht mehr, nachdem infolge einer geschickten Propaganda der Begriff „Antikommunismus“ schon fast einen ehrenrührigen Beigeschmack hat. Wenn man, wie etwa im Falle der Münchener Kontroverse OB Vogel – Jusos, sich mit der Gefahr des Kommunismus auseinandersetzt, dann beschränkt man sich weitgehend auf allgemeine Hinweise auf die Gefährdung unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Damit erzielt man aber bei einem großen Teil unserer studentischen Jugend keinerlei Eindruck mehr.

Die APO hat mit großem Erfolg die Meinung verbreitet, die moderne Industriegesellschaft verhindere die freie Selbstentfaltung des Menschen durch Manipulation, Repression und Konsumterror. Die Erziehung der Schulkinder, die Forschung und Lehre an den Hochschulen, die Rechtsprechung der Gerichte, die Gesetzgebung der Parlamente, die Verkündigung in

den Kirchen, die Berichterstattung von Massenmedien würden von Handlangern des Großkapitals nach dessen Weisung praktiziert. (Vergl. dazu Wulf Schönbohm: Die Thesen der APO; v. Hase & Koehler Verlag Mainz, 1969.) Die APO sah sich allerdings nicht in der Lage, konkrete Angaben zu machen, was denn an Stelle des angeblich so korrupten Systems treten sollte. Der MSB Spartakus verkündet jetzt, mit Hilfe der Theorie von Marx, Engels und Lenin und dem „wissenschaftlichen Sozialismus“ den richtigen Weg in die politische Zukunft zu wissen, der „auf einem Drittel des Erdballs, in den Ländern des sozialistischen Weltsystems“ bereits erfolgreich beschritten worden sei.

Antikommunismus auf gesellschaftspolitischer Ebene . . .

Angesichts des Eindrucks, den die kommunistischen und sonstigen linksradikalen Argumente gegen unser „spätkapitalistisches Gesellschaftssystem“ auf so viele junge Menschen machen, werden wir sehr viel systematischer als bisher wirkungsvolle Argumente zur aktiven offensiven Verteidigung unserer freiheitlich-rechtsstaatlich-demokratischen Gesellschaftsordnung formulieren müssen. Wir werden viel konkreter, detaillierter und intensiver als bisher die positiven Seiten dieser unserer Ordnung deutlich machen und damit die Vorwürfe der Linksradikalen zurückweisen müssen. (Wir werden dabei auch zu zeigen haben, daß unerfreuliche Erscheinungen, die nicht geleugnet werden sollen, im Rahmen dieser Ordnung überwunden werden können – wobei allerdings die Vorstellung zurückgewiesen werden muß, daß es möglich wäre, eine völlig ideale Gesellschaftsordnung zu konstruieren.) Nicht zuletzt werden wir, nicht nur unter Hinweis auf die negative Entwicklung in den „sozialistischen“ Staaten, daran erinnern müssen, daß die Analysen und Prognosen des „wissenschaftlichen Sozialismus“ sich als unhaltbar erwiesen haben und daß der Marxismus-Leninismus heute eher als eine reaktionäre denn als eine zukunftsweisende Lehre angesehen werden kann.

Das alles soll und darf uns aber nicht davon abhalten, außenpolitisch in realistischer Weise uns um eine Entspannung im Verhältnis zu den Staaten des kommunistischen Machtbereichs zu bemühen.

. . . als Konsequenz der „Friedlichen Koexistenz“

Der Einwand, daß durch eine antikommunistische Aktion die für den Weltfrieden so notwendigen Bemühungen um eine politische und militärische Entspannung gefährdet würden, ist nicht stichhaltig. In den Erklärungen Moskaus zur Frage der friedlichen Koexistenz, die wir in regelmäßigen Abständen bis in die jüngste Zeit immer wieder hören, wird in stereotypen Redewendungen betont, daß es eine Koexistenz auf ideologischem Gebiet nicht gebe. Die oben zitierte Formulierung aus der Grundsatz-erklärung des MSB Spartakus zur Frage der friedlichen Koexistenz gibt die Moskauer Auffassung exakt wieder. Diese besagt aber, daß Moskau bei allen Verhandlungen über politisch-militärische Entspannung das Ziel des politischen Umsturzes im Raum der Verhandlungspartner keineswegs aufgibt. Die logische Folgerung, welche die nichtkommunistischen Partner Moskaus aus dieser Auffassung von „friedlicher Koexistenz“ ziehen müssen, kann doch nur sein, daß auch sie den Kampf auf ideologischem Gebiet fortführen müssen. „Antikommunismus“ ist also eine selbstverständliche Konsequenz aus der kommunistischen Definition des Begriffs der „friedlichen Koexistenz“. Schließlich ist es bei den Bemühungen und politisch-militärischen Entspannung ein anerkanntes Axiom, daß die militärische Sicherheit der Verhandlungspartner während der Bemühungen um Entspannung nicht gefährdet werden darf. Ein Zustand wirklicher Entspannung in der Welt – auf das Dringendste zu wünschen – kann nur verwirklicht werden, wenn der Kommunismus auf den ideologischen Angriff und auf seine Umsturzpläne verzichtet. Ob er das seiner Natur nach kann, soll hier nicht erörtert werden. Es ist jedenfalls nicht einzusehen, aus welchem

Grunde die Verteidigung auf ideologischem Gebiet, die nur offensiv geführt werden kann – in der Bundesrepublik einseitig eingestellt werden soll – und das in einem Augenblick, in dem es dem Weltkommunismus gelungen ist, hier in der Gestalt des MSB Spartakus eine wirksame Angriffsbastion aufzubauen.

Publik ist tot

Paul Albert Engstfeld

„Da die Aufgaben der gesamten kirchlichen Presse am Wesensauftrag der Kirche, der Heilsvorkündigung, teilhaben, kann nicht die wirtschaftliche Rentabilität ausschlaggebend sein, sondern die kirchliche Effizienz. Deshalb muß die Kirche diese Pressearbeit subventionieren, wenn dies erforderlich ist.“

(Dr. Ferdinand Oertel, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse)

Der Tod von „Publik“ kam nicht einmal überraschend. Die Erfordernis eines 10-Millionen-Zuschusses für den Zeitraum bis zum 31. August 1973 war für die Deutsche Bischofskonferenz in ihrer Sitzung vom 15. November 1971 der letzte Anlaß, eine Publikation sterben zu lassen, deren unrühmliches Ende von jenen entschieden wurde, die den Start der Zeitschrift im Herbst 1967 initiiert hatten. Der Sinneswandel kostete der katholischen Kirche bisher 28 Millionen DM — ein Betrag, der sich im Vergleich zu anderen (auch publizistischen!) Kosten gering ausnimmt. Anstatt zu fragen, ob es sich die Kirche leisten könne, künftig „Publik“ nicht mehr zu subventionieren, wurden finanzielle Gründe vorgeschoben, die eine Einstellung der Zeitschrift erforderlich gemacht hätten. Dabei waren sich die für die Herausgabe Verantwortlichen von Anfang an darüber klar gewesen, daß das Erscheinen einer überregionalen katholischen Wochenzeitschrift mit anspruchsvollem Niveau ein finanzielles Risiko darstellte, da „Publik“ zu einem Zeitpunkt auf den Markt kam, als dieser bereits einer Sättigung zustrebte und der Zwang zur Konzentration immer stärker wurde. Der langfristige Erfolg konnte also ausschließlich durch die Ansiedlung in einer Marktlücke gesucht werden, verknüpft mit dem Versuch, der Zeitschrift eine Attraktion zu verleihen, die ihr einen sicheren Käuferstamm zuführte.

Das Publik-Konzept, neben umfassender Sachinformation aus den

wichtigsten öffentlichen Bereichen die Zeitschrift als Forum der kritischen Auseinandersetzung mit Tatsachen, Strömungen und Strukturen im politischen und kirchlichen Feld zu gestalten, kam beiden Erfolgsvoraussetzungen recht nahe. Dieses redaktionelle Konzept allerdings mußte folgerichtig zu Spannungen mit den Herausgebern in deren Eigenschaft als kirchliche Amtsträger führen, denen der „kritische Stachel“ bald zu schmerzen begann. Sicher ist, daß mancher von ihnen unter einer von der Kirche herausgegebenen Wochenzeitschrift sich eher ein auf höhere Ebene transponiertes konformistisches Bistumsblatt vorgestellt hatte als die von der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) „leicht linksliberal“ charakterisierte Redaktionslinie. Je stärker diese publizistische Ausrichtung durchaus beifällig in vielen verantwortlichen kirchlichen Kreisen — vor allem aber auch darüber hinaus — aufgenommen wurde, desto bewußter formierte sich die Opposition gegen eine weitere Unterstützung für „Publik“.

Es hat wohl eine Fülle von Gründen gegeben, warum die Gegner eines Weiterbestehens von „Publik“ sich letztlich mit ihrer Auffassung durchgesetzt haben. Drei Argumente allerdings erscheinen mir bemerkenswert.

„Publik“ ist am Leserpublikum vorbeigemacht worden

Aus einer Auflage von 94 000 Exemplaren diesen Schluß zu ziehen, ist zwar naheliegend, aber einseitig. Kritische Funktion und intellektuelle Substanz werden in ihrer Addition — wenigstens in absehbarer Zeit — noch nicht den Geschmack breiter Leserschichten

treffen und somit keine hohe Auflagenziffer garantieren können; zumal dann nicht, wenn eine derartige Publikation zum ungünstigen Zeitpunkt auf den Markt gelangt. Natürlich kann die Auffassung vertreten werden, daß Geschmackskonformität, die sich ja in der Auflagenziffer niederschlägt, ein höherwertiges Kriterium für eine kirchliche Publikation ist als Funktion und Substanz. Dann bleibt aber die Frage, ob die Kirche es sich erlauben kann, bestimmte Gruppen publizistisch nicht mehr anzusprechen, da sie zahlenmäßig unattraktiv sind.

„Publik“ war einseitig ausgerichtet

Wenn Pluralität in diesem Zusammenhang bedeutet, daß es die Aufgabe einer kirchlichen Publikation sei, die System- und Meinungskonformität der Amtskirche zu wahren und diese unreflektiert wiederzugeben, dann stimmt dieser Vorwurf der Einseitigkeit in dieser Ausrichtung sicher. Wenn Pluralität bedeutet, die Möglichkeit zur Infragestellung bestehender Strukturen und Meinungen, zur Kritik am „katholischen Milieu“ (Alois Schardt), zur publizistischen Darstellung auch der von den als gültig angesehenen Auffassungen abweichender Tendenzen und Ansichten, um so zur Meinungsbildung — vielleicht zu anderen Einsichten — beizutragen, dann trifft der Vorwurf der Einseitigkeit sicher hier ebenfalls zu. Es bleibt festzustellen, daß „Publik“ allerdings gerade durch diese „Einseitigkeit“ in der journalistischen Ausrichtung die innerhalb der Kirche zweifellos vorhandene Pluralität der Meinungen öffentlich zur Darstellung gebracht hat. Es stimmt doch einfach nicht mehr, daß die katholische Kirche — wie von Amtsträgern oft immer noch behauptet und in offiziellen kirchlichen Blättern verbreitet wird — ein monolithischer Block in Bezug auf theologische und gesellschaftspolitische Interpretation der Schrift ist. Die aus diesem zwischen Anspruch und Wirklichkeit resultierenden Spannungen offenbar werden zu lassen, sie öffentlich darzustellen und damit zu einer zweifellos fruchtbaren Diskussion in Kirche und Gesellschaft über die Kirche

beizutragen, dies war zweifellos das große Verdienst von „Publik“. Daß für eine derartige journalistische Aufgabe nur ein begrenzter Leserstamm gewonnen werden konnte ist eher ein Argument gegen die Einstellung des katholischen Leserpublikums als gegen das „Publik“-Konzept. Die Chance zum Dialog auf breiter Ebene jedenfalls wurde durch den Beschluß der Bischofskonferenz vertan.

„Publik“ kostet zuviel

Die für das Erscheinen bisher aufgewandte Summe belief sich auf 28 Mill. DM. Notwendiger Zuschußbedarf für die Weiterführung der Arbeit: 10 Mill. DM plus jährlich 6 Mill. DM. Es wurde argumentiert, daß sich dieser Betrag sinnvoller zur Unterstützung der übrigen kirchlichen Publizistik verwenden lasse.

Einmal von der Relation zu anderen Ausgabenbereichen ganz abgesehen, stellt sich doch die Frage, ob dieser Betrag auch nur annähernd ausreicht, die Konzeptionslosigkeit der katholischen Pressearbeit zu beseitigen, in deren Rahmen z. Z. 430 Publikationen erscheinen, so daß neben einem immer noch nicht vorhandenen Medienkonzept auch noch die Zersplitterung erschwerend hinzukommt. Auch wird wohl niemand an der Tatsache vorbeigehen können, daß die vorbildliche Aufmachung von „Publik“ Anlaß zum Überdenken der publizistischen Möglichkeiten der Kirchenpresse war.

Die Ziele der Union

Ernst Müller-Hermann

Zur Einleitung der Debatte über die Große Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den Inneren Reformen stellte der Vorsitzende des Arbeitskreises für Wirtschaft und Ernährung, Dr. Ernst Müller-Hermann, MdB, noch einmal klar heraus, daß wesentliche Unterschiede in den politischen Vorstellungen zwischen den Unionsparteien und den Sozialdemokraten bestehen.

Wir in der Union wollen ganz bewußt und sehr zielstrebig mehr Eigenverantwortung, mehr Selbstentfaltung, mehr Selbstvorsorge des Bürgers, mehr Selbstverwaltung, mehr Ansporn für die eigene Anstrengung. Unsere Alternativen in den Fragen der Gesellschaftspolitik sind durchweg von dieser Grundeinstellung getragen, gleichgültig, ob es sich um Bildungspolitik, Gesundheitsvorsorge, Steuerpolitik, Betriebsverfassung und Mitbestimmung, Städtebau und Mietgesetzgebung und nicht zuletzt um die Vermögensbildung handelt.

— Ihre Art von Bildungspolitik läuft darauf hinaus, über die angebliche Demokratisierung eine Nivellierung unserer Leistungsgesellschaft zu erreichen. Das treffendste Beispiel ist die Universität in Berlin. Selbstverständlich sind wir für eine Weiterentwicklung unseres Bildungssystems. Aber: nicht Nivellierung, sondern Verbesserung der Bildungschancen für den einzelnen ist unsere Maxime. Der Verfall des Leistungsprinzips im Bildungs- und Hochschulbereich verbaut uns Wachstum und Fortschritt für die Zukunft.

— Unsere Motive der Besteuerung des Bürgers sind fundamental andere als die Ihren. Wir wollen im Gegensatz zu Ihnen keine Gleichmacherei. Nicht, weil wir einzelnen in unserer Gesellschaft besondere Privilegien einräumen möchten, sondern weil wir Leistung, Erfolg und unternehmerische Initiative als Motor unserer Gesellschaft erhalten wissen wollen.

— Unsere Vorstellungen von einem modernen Krankenhaus

unterscheiden sich ebenfalls grundlegend von dem Konzept der Bundesregierung. Das von unserer Fraktion vorgelegte Konzept zur Krankenhausreform stellt den einzelnen Patienten in den Mittelpunkt. Das Modell aus den Reihen der SPD für ein „klassenloses Krankenhaus“ mit seinem zwangsläufigen unpersönlichen Massenbetrieb, in dem der Mensch nach Schema-F behandelt wird, erfüllt nicht die Anforderung nach einer menschenwürdigen Behandlung.

— Die Vorstellungen der Regierungsparteien zur Betriebsverfassung und Mitbestimmung laufen hinaus auf eine klare Benachteiligung der einzelnen Arbeitnehmer, die Desavouierung der leitenden Angestellten, die undemokratische Einschränkung der Wirkungsmöglichkeit demokratischer Gruppen und Minderheiten, auf eine nicht funktionsgerechte Fremdbestimmung durch außenstehende Dritte zu Lasten des Grundsatzes der partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Unsere Änderungsvorschläge sollten auch hier die individuelle Freiheit und die berechtigten Interessen des einzelnen Arbeitnehmers berücksichtigen, sie fielen der Abstimmungsguillotine zum Opfer.

— Unsere Vorstellungen, wie man das Problem des Mietanstiegs und des Städtebaus löst, sind eben auch anderer Natur als Ihre Überlegungen. Wir wollen — und fühlen uns hierbei durch die praktische Erfahrung bestätigt — durch die Initiative aller, des Staates und der Bürger, das Problem in den Griff bekommen. Sie versuchen allein mit der Macht des Staates, d. h. mit Richtlinien und Verboten der Probleme Herr zu werden.

Schließlich geschieht auch unser Drängen nach Stabilität nicht um seiner selbst willen. Inflationäre Tendenzen zerstören vielmehr die materielle Basis der Eigenvorsorge, der Eigenverantwortung und zwingen die Menschen immer mehr in kollektive Sicherungssysteme. Für Individualität bleibt da auf die Dauer kein Raum mehr.

Inflation bei Ihnen — Stabilität bei uns. Das ist nicht nur eine Frage richtiger oder falscher Konjunkturpolitik, sondern auch eine ganz entscheidende Frage gesellschaftspolitischen Wollens.

— Am deutlichsten wird der Unterschied im Grundsatz beim Thema Vermögensbildung. Offen-

bar doch bedauert das ganze Haus, daß wir bisher auf diesem Gebiet nicht mehr erreicht haben. Aber gerade nachdem es in den Aufbaujahren gelungen ist, die Voraussetzungen für eine solide, d. h. auch die Leistungskraft der Wirtschaft berücksichtigende Vermögensbildung auszuweiten, sollten wir nun gemeinsam vorwärtsdrängen. Seit über einem Jahr liegen unser Beteiligungslohngesetz und unser Gesetz zur weiteren Privatisierung von Bundesvermögen dem Bundestag vor, blockiert von den Koalitionsfraktionen. Der Reformwille wird nicht gerade unter Beweis gestellt, wenn der außerordentliche Parteitag der SPD dieses Thema vertagt und wir aus dem Munde maßgeblicher SPD-Sprecher hören müssen, öffentliche Investitionen seien wichtiger als die Vermögensbildung. Diese Alternative ist falsch gestellt. Die Vermögensbildung hat neben dem gesellschaftspolitischen Aspekt auch ihre Bedeutung für den Kapitalbildungsprozeß. Denn die privaten wie die öffentlichen Investitionen, die der Garant unserer Zukunft und des zukünftigen Wachstums sind, setzen Spar-, das heißt Kapitalbildung voraus. Der damit verbundene Konsumverzicht erhält sowohl für den einzelnen als auch für die Gesellschaft erst auf diese Weise seinen Sinn.

Der Sachverständigenrat hat erneut betont, daß der übermäßig angeheizte Verteilungskampf stets zu Lasten der schwächsten Glieder unserer Gesellschaft, der Rentner, der Sparer, der kinderreichen Familien und der öffentlichen Hände geht. Gerade wenn man weiß, daß sich bei dem erreichten allgemeinen Lebensstandard eine Steigerung des privaten Wohlstandes eben nicht mehr alleine im Portemonnaie des einzelnen ausdrückt, sondern auch in der Vorkhaltung vermehrter öffentlicher Dienstleistungen, dann muß man auch wissen, daß die staatlichen Investitionen bei dieser Art von Überforderungspolitik immer zu kurz kommen. Die Steuererhöhungen, mit denen Sie den Ausgleich

zu Gunsten der öffentlichen Hände herzustellen versuchen, reichen gerade aus, um die Löcher zu stopfen, die durch die Preissteigerungen aufgerissen sind. Gleichzeitig aber wirken Steuererhöhungen wiederum als Argument für weitere Überforderung: eine Schraube ohne Ende.

Der Staat wird nach unserer Auffassung den ihm zustehenden Anteil am Bruttosozialprodukt nur dann erhalten und ausbauen können, wenn die übrigen Gruppen Vernunft walten lassen, d. h. im Verteilungskampf auch dem Staat geben, was des Staates sein muß. Dies setzt jedoch voraus, daß der Staat sein Gebaren selbst an Solidarität und Stabilität ausrichtet. Nur so kann er den Tarifpartnern Vorbild sein und so kann er glaubwürdig argumentieren.

Es ist höchste Zeit, daß an die Stelle der emotional gefärbten Schönfärberei wieder mehr rationale Politik tritt. Das aber heißt nach Meinung der CDU/CSU: Solidarität ist das oberste Gebot der Stunde. Dazu gehören eine Politik des richtigen Augenmaßes und eine nüchterne Bestandsaufnahme, die allen öffentlichen Haushalten und allen Gruppen unserer Gesellschaft die Einsicht in die Notwendigkeiten vermitteln müßte. Nur so wird anstelle der ständigen Überforderung wieder volkswirtschaftliche Vernunft treten.

Kurz notiert

Deutscher Evangelischer Kirchentag 1973 in Düsseldorf

Die Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland hat auf ihrer Sitzung am Donnerstag, 2. Dezember, beschlossen, den Deutschen Evangelischen Kirchentag für seine nächste Großveranstaltung im Sommer 1973 nach Düsseldorf einzuladen. Als Losung dieses 15. Deutschen Evangelischen Kirchentages ist das Motto „Nicht vom Brot allein“ im Gespräch. Der genaue Zeitpunkt der Veranstaltung steht

noch nicht fest. In einer ersten Stellungnahme zur Einladung der rheinischen Kirche sagte Kirchentags-Generalsekretär Dr. Hans-Hermann Walz (Fulda) dem Evangelischen Pressedienst auf Anfrage: „Wir werden aller Wahrscheinlichkeit nach mit großer Freude nach Düsseldorf gehen.“ Die Entscheidung habe jedoch das Kirchentags-Präsidium zu treffen, das in den nächsten Tagen darüber beraten werde. Er, Walz, sehe „keine Komplikationen“. Nach Auffassung des Generalsekretärs würde die Abhaltung der Großveranstaltung in Düsseldorf „ein Gewinn sowohl für den Kirchentag als auch für die rheinische Kirche sein“.

Wechsel im Vorsitz der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung

Der aus Landshut stammende Jurist Dr. Roman Herzog (37), Professor für Staatslehre und Politik an der Hochschule für Verwaltungswissenschaft in Speyer, ist vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland zum neuen Vorsitzenden der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung berufen worden. Er löst in diesem Amt Prof. Dr. Ludwig Raiser (Tübingen) ab, der schon vor über einem Jahr um Entlastung gebeten hatte, nachdem er Präses der EKD-Synode geworden war. Gleichzeitig trat auch im stellvertretenden Vorsitz der Kammer ein Wechsel ein. Er liegt jetzt bei Kirchenrat Benjamin Locher (Düsseldorf), weil Dr. Richard Frhr. von Weizsäcker von dieser Aufgabe wegen seiner Mitgliedschaft im Rat EKD entbunden werden wollte. Die Kammer für öffentliche Verantwortung ist eines der wichtigsten Gremien der Evangelischen Kirche in Deutschland. Zu ihren am stärksten beachteten Stellungnahmen gehört die sogenannte Ost-Denkschrift vom Herbst 1965. Geschäftsführer ist Oberkirchenrat Erwin Wilkens (Hannover).

Prof. Herzog, gegenwärtig Rektor der Hochschule in Speyer, gilt als Fachmann auf dem Gebiete des Rundfunkrechts. Er ist ferner als Mitautor des Grundgesetz-Komentars der Professoren Theodor Maunz und Günter Dürig bekannt geworden. Der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung gehört Herzog seit zwei Jahren an.

Leser- Briefe

Die hier geäußerten Ansichten stimmen nicht unbedingt mit denen der Redaktion überein.

Betreuung der Gastarbeiter / Nigger unserer Gesellschaft, Nr. 9/1971 der Evangelischen Verantwortung

Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß Gastarbeiter in arbeits- und sozialrechtlicher Hinsicht ihren deutschen Kollegen gleichgesetzt sind. Das beginnt bei den tarifrechtlichen Ansprüchen aus dem Arbeitsvertrag, die gesetzliche Unfallversicherung, setzt sich fort über den Kindergeldanspruch auch für die im Heimatland zurückgelassenen Kinder und endet bei den Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten nach dem Betriebsverfassungsgesetz. Nicht unbekannt dürfte sein, daß alle Gastarbeiter für die Wahlen zum Betriebsrat das aktive und – soweit sie Staatsbürger eines EWG-Landes sind – auch das passive Wahlrecht haben.

So gesehen ist die abwertende Bezeichnung des von mir im übrigen sehr geschätzten Kollegen Blüm für unsere ausländischen Kollegen als „Nigger“ nicht recht verständlich. Nigger kann also oft nur sein, wer Nigger sein will!

Die Lage der fremdsprachigen Gastarbeiter ist in etwa vergleichbar mit dem Los der Gastarbeiter deutscher Staatsangehörigkeit (Flüchtlinge, Vertriebene; wozu ich auch gehörte) vor über 20 Jahren. Heute gilt noch mehr als damals der Grundsatz des „Audiatur et altera pars!“ Auf die Gesellschaftsordnung des Herkunftslandes unserer Kollegen hatten und haben wir keinen Einfluß. Nicht auf das antiquierte Ehe- und Familienrecht der Mittelmeerstaaten, nicht auf den Bildungsrückstand und den demokratischen Nachholbedarf der rechts- oder linksradikal regierten Länder. Die Versäumnisse der Herkunftsländer können nicht von uns Deutschen im Eilverfahren nachgeholt werden. Geradezu wehren müssen wir uns dagegen, wenn politische Meinungsverschiedenheiten oder Stammesfehden unserer Gäste auf deutschem Boden ausgetragen werden sollen. Gerade hier erkennen wir, wie unfähig wir sind, auf die charakterlichen Eigenschaften oder leidenschaftlicheren Temperamente unserer Mitmenschen Einfluß nehmen zu können.

Dennoch ist die Frage des „warum in die Ferne schweifen...“ richtig und notwendig. Hier würde ich der offiziellen evangelischen Kirche, der ich nach Kirchensteuerpflicht und Taufe angehöre, dringend empfehlen, von der Fernstenliebe wieder zur Nächstenliebe zurückzukehren. Die spektakuläre Anti-Rassismus-Diskussion in einigen Landeskirchen mit ihrem penetranten Polit-Moralismus ist vielleicht der Grund manchen Kirchenaustritts gewesen. Die Treuen und Duldsamen stellen aber nach wie vor die Frage, ob wir im eigenen Lande nicht Nöte und Probleme genug haben, die der Hilfe und Sorge – mehr noch! – der Liebe bedürfen.

Der Nächste ist der, der unserer Hilfe und Liebe am dringendsten bedarf – wer wollte daran zweifeln, daß das gerade auch unsere fremdsprachigen Mitarbeiter in den Betrieben sind.

Bruno Geleszus, Lövenich/Köln

Zum selben Problem . . .

Ich selber komme in meinem Beruf sehr viel mit Gastarbeitern zusammen. Ich bin hier in den Städt. Krankenanstalten als Krankenpfleger tätig. Meine Meinung zu dem ganzen Thema Gastarbeiter lautet, es ist von Anfang an sehr viel versäumt worden. Es waren überhaupt nicht die Voraussetzungen da, um diese Arbeiter als Gäste zu empfangen! Obwohl ich so gut wie in allem die Politik der CDU/CSU begrüße, hier in diesem Punkt kann ich die früheren Bundesregierungen nicht ganz von ihrer Schuld an dem jetzigen Chaos freisprechen.

Es war vom ersten Tag an kein Wohnraum für unsere Gäste vorhanden. Wir Deutsche selbst hatten und haben auch jetzt noch nicht genug davon. In dieser Situation wollen wir über zwei Millionen Gäste mit ihren Angehörigen beherbergen? Noch heute leben unsere sogenannten Gäste unter den unwürdigsten Verhältnissen. Die großen Betriebe stellen Baracken hin und stecken hier ihre Arbeiter auf kleinsten Raum zusammen. Daß es dadurch sehr oft zu Streitereien, die manchmal zu Mordversuchen ausarten, kommt, ist nur zu verständlich. Dann kön-

Die

„Evangelische Verantwortung“

wünscht ihren Lesern

ein gesegnetes Weihnachtsfest

und für 1972

Glück, Zufriedenheit

und persönliches Wohlergehen

nen diese Gäste kaum ein Wort von der deutschen Sprache. Aber hat man hier schon versucht Abhilfe zu schaffen, in dem man deutsche Sprachkurse eingerichtet hat? Von unseren Gästen wird auch mal einer krank, denn sie sind ja genau so Menschen, wie wir. Nun kommt so ein Gast ins Krankenhaus, kann kein Wort deutsch. Wie soll da ein Mensch herausbekommen, was dem Patienten fehlt. Südländer sind bekanntlich sehr wehleidig, eine kleine Magenverstimmung kann nach ihren Gebärden als eine Gastritis, eine Magenperforation oder gar als Appendicitis gewertet werden. Erst viele Untersuchungen und große ärztliche Kunst sind erforderlich, um die richtige Diagnose stellen zu können. An Dolmetscher hat man für die Krankenhäuser gleich zu Beginn auch nicht gedacht. Dem Krankenhausträger kann nicht zugemutet werden, auch noch die Kosten hierfür aufzubringen. Die Folge ist, Dolmetscher gibt es nicht. Dagegen wäre es so wichtig, tags und nachts Männer oder Frauen zur Verfügung zu haben, die hier schnellstens übersetzen helfen. Oft ist es lebensnotwendig, wie schon oben geschildert, wo der Patient Schmerzen hat zu erfahren.

Selbst bei der Visite ist es häufig wichtig, dem Patienten die Anordnungen des Arztes sofort verständlich zu machen. Noch ein Problem stellt sich in den großen Häusern über 500 Betten etwa. Ich meine das Essen. Unsere Gäste, die nun ebenso wie ihre Gastgeber Patient sind, bekommen auch wie diese das gleiche Essen. Andere Länder, andere Speisen. Soll man nun aber für den Türken, der meistens dem Islam angehört, kein Schweinefleisch ißt, ein anderes Essen kochen, als etwa dem Griechen oder Spanier. Dies alles sind Sorgen, die oft zu Streitigkeiten führen zwischen Arzt und Pflegepersonal auf der einen Seite und dem ausländischen Patienten. Ganz zu schweigen davon, daß sich mit einem gewissen Recht auch die deutschen Patienten aufregen und verlangen, daß der Türke, Grieche, Italiener oder Spanier das gleiche zu essen habe, wie sie.

Dies sind nur einige Punkte, die mich und viele deutsche Mitbürger beschäftigen. Hier gilt es schnellstens Abhilfe zu schaffen.

Es müssen genügend Wohnungen für Gäste und Gastgeber da sein, sonst dürfen wir eben keine Gäste zu uns holen! Es müssen schnellstens deutsche Sprachkurse eingerichtet werden, an denen jeder Gastarbeiter teilzunehmen hat. Möglichst sollte schon die deutsche Sprache in den Heimatländern erlernt werden. In diesem Fall ist dann mein nächster Vorschlag hinfällig, ich meine den Dolmetscher. Da nun aber viele Gäste der deutschen Sprache nicht mächtig sind, brauchen wir den Dolmetscher auch außerhalb der großen Betriebe, besonders in unseren großen Krankenhäusern!

Für alle diese Aufgaben scheint mir neben der Bundesregierung und dem Bundestag, die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge, Nürnberg, als die federführende Instanz die richtige zu sein.

Es eilt, wir müssen handeln, bevor es zu spät ist. Wir haben uns die Gäste selber hereingeholt, damit sie uns helfen unsere Wirtschaft in Schwung zu halten. Also müssen wir sie auch anständig behandeln und versuchen ein gutes Verhältnis zwischen Gast und Gastgeber herzustellen. Wenn nicht genügend Wohnraum vorhanden ist, dann dürfen wir uns auch keine Gäste holen, dann lieber die Wirtschaft etwas bremsen und unsere Mitbürger haben erst einmal eine menschenwürdige Wohnung.

Somit bin ich wieder am Anfang meines Schreibens angelangt und möchte damit schließen, daß ich der Hoffnung Ausdruck gebe, diese Zeilen nicht ganz umsonst geschrieben zu haben. Auch die CDU/CSU kann in ihrer augenblicklichen Stellung als Opposition hier sehr viel tun. Ich bin gerne bereit in meinem Beruf mein Teil dazu beizutragen.

Klaus Peter Wittmann, Nürnberg

Unsere Autoren

Pfarrer Eberhard Stammer
7 Stuttgart 71
Isegrimweg 3 B

Günter Triesch
5201 Seligenthal ü. Siegb.
Auf dem Berg

Dr. Waldemar Wünsche
53 Bonn-Holzlar
Ennertstraße 4

Paul-Albert Engstfeld
401 Hilden
Heiligenstraße 82

Dr. Ernst Müller-Hermann, MdB
53 Bonn
Bundeshaus